Antragstellerin: 7. November 2025
Nicole Anger, Delegierte Stadtverband Magdeburg

Änderungsantrag Nr. 6.1.
zum Leitantrag

Ersetzen der Zeilen 7-14

An die Menschen in Sachsen-Anhalt,
Unser Land steht an einem Wendepunkt. Viele Menschen halten Sachsen-Anhalt Tag für Tag am Laufen – in Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Betrieben und Vereinen. Doch sie erleben, dass ihre Arbeit immer weniger zählt, während alles teurer wird: Miete, Heizung, Lebensmittel, Kita-Beiträge. Viele wissen nicht mehr, wie sie über den Monat kommen sollen. Öffentliche Angebote werden gestrichen, Busverbindungen ausgedünnt, Jugendclubs geschlossen – und die Landesregierung schaut zu.

Diese Politik schafft Unsicherheit, wo Sicherheit gebraucht wird. Sie lässt Menschen allein, die sich eigentlich auf den Staat verlassen können sollten. In dieses Vakuum stoßen rechte Kräfte, die Ängste schüren, spalten und den Zusammenhalt gefährden. Doch einfache Parolen lösen keine Probleme.

Wir sagen klar: Es reicht. Sachsen-Anhalt braucht einen politischen Kurswechsel – hin zu sozialer Sicherheit, Respekt vor Arbeit und echter Gerechtigkeit. Zu einer Politik, die sich kümmert, statt zu kürzen. Zu einer Regierung, die gestaltet, statt nur zu verwalten. Es ist Zeit, dass sich was bewegt – für ein Land, das zusammenhält.

Begründung:
Die Einleitung wurde sprachlich überarbeitet, politisch zugespitzt und inhaltlich fokussiert. Sie stellt die soziale Lage und den politischen Handlungsbedarf klarer heraus und schafft einen prägnanten, kämpferischen Einstieg in den Leitantrag.

Änderungsantrag Nr. 6.2.
zum Leitantrag

Ersetzen der Zeilen 15- 33

Stillstand war gestern – Sachsen-Anhalt braucht den Aufbruch!
Diese CDU-geführte Landesregierung steht auf der Bremse, wenn andere längst handeln. Sie redet von Verantwortung, aber sie lässt das Land liegen. Lehrer:innen fehlen, Krankenhäuser kämpfen ums Überleben, Jugendclubs schließen, Straßen verfallen. Statt Lösungen gibt’s Ankündigungen, statt Mut nur Stillstand.
Hinter all den Verkündungen der CDU steckt kein Plan – nur das alte Prinzip: aussitzen, abwarten, weitermachen wie bisher. So verspielt man Zukunft. Und schlimmer noch: Mit ihrer Rhetorik trägt die CDU dazu bei, dass rechte Parolen in der Mitte der Gesellschaft ankommen sind. Das gefährdet nicht nur Vertrauen, sondern unsere Demokratie selbst.

Die CDU muss sich entscheiden: weiter auf dem Rücken der Schwächeren und Schwächsten Politik machen – oder endlich die echten Probleme der Menschen anpacken. Bisher ist klar, wofür sie steht: für Kürzungen, Blockaden und Selbstzufriedenheit.

Wir sagen: Es reicht. Der Stillstand hat lang genug gedauert – jetzt kommt Bewegung ins Land. Für alle, die Verantwortung übernehmen, die täglich anpacken, die lernen, erziehen, pflegen oder schon ein Leben lang gearbeitet haben. Für die Zukunft unserer Kinder und für ein Land, das zusammenhält.

Sachsen-Anhalt braucht keine Politik des Zögerns, sondern des Handelns. Keine Schlagzeilen, sondern Ergebnisse. Keine faulen Kompromisse, sondern Haltung – gegen soziale Kälte und rechten Hass. Es ist Zeit, den Stillstand zu beenden.

Begründung:
Der Abschnitt wurde sprachlich präzisiert, politisch zugespitzt und inhaltlich konkretisiert. Ziel ist es, zentrale Anliegen klarer herauszuarbeiten, Wiederholungen zu vermeiden und die Sprache kraftvoller und verständlicher zu gestalten. Die neuen Formulierungen verdeutlichen die sozialen Konfliktlinien, benennen Verantwortlichkeiten und zeigen konkrete politische Alternativen auf. Dadurch gewinnt der Leitantrag an Klarheit, Profil und Überzeugungskraft. Ferner sollten wir nicht die CDU in den Vordergrund unseres Antrages stellen (Überschrift), sondern das Land und die Menschen.

Änderungsantrag Nr. 6.3.
zum Leitantrag

Ersetzen der Zeilen 68-77

Immer mehr Menschen im Land wissen nicht mehr, wie sie die steigenden Kosten für Energie, Lebensmittel oder Miete stemmen sollen. Während die Preise in Sachsen-Anhalt weiter steigen, bleiben Löhne, Renten, Kindergeld und Bürgergeld weit zurück. Wer arbeitet, kommt oft kaum noch über die Runden. Wer in Rente ist, hat Angst vor dem Monatsende. Und Kinder wachsen in einem reichen Land weiterhin in Armut auf – das ist ein politisches Versagen.

Armut ist in Sachsen-Anhalt längst kein Randthema mehr. Sie trifft Familien, Alleinerziehende, junge Menschen und ältere nach Jahrzehnten harter Arbeit. Selbst viele Arbeiter:innen können sich ein gutes Leben von ihrem Lohn nicht mehr leisten. Die steigenden Wohn- und Energiekosten nehmen ihnen die Luft zum Atmen – während die Landesregierung zuschaut und weiter auf Kürzungen setzt.

Wir sagen: Schluss damit. Politik darf nicht länger tatenlos zusehen, wie die soziale Spaltung wächst. Sachsen-Anhalt braucht endlich eine Regierung, die soziale Sicherheit ernst nimmt – die für bezahlbare Energie, faire Löhne, starke Daseinsvorsorge und Chancen für jedes Kind sorgt. Eine Politik, die nicht wegschaut, sondern anpackt.

Begründung:
Der Abschnitt wurde sprachlich präzisiert, politisch zugespitzt und inhaltlich konkretisiert. Ziel ist es, zentrale Anliegen klarer herauszuarbeiten, Wiederholungen zu vermeiden und die Sprache kraftvoller und verständlicher zu gestalten. Die neuen Formulierungen verdeutlichen die sozialen Konfliktlinien, benennen Verantwortlichkeiten und zeigen konkrete politische Alternativen auf. Dadurch gewinnt der Leitantrag an Klarheit, Profil und Überzeugungskraft.

Änderungsantrag Nr. 6.4.
zum Leitantrag

Ersetzen 122-148

Gesundheit ist kein Geschäft, sondern ein Menschenrecht – unabhängig davon, wo jemand lebt oder wie viel Geld er hat. Doch in Sachsen-Anhalt wird dieses Recht immer öfter verletzt. In vielen Regionen, besonders auf dem Land, fehlen Haus- und Fachärzt:innen. Psychotherapieplätze und Facharzttermine sind rar, Wartezeiten ziehen sich über Monate. Krankenhäuser werden geschlossen oder stehen kurz davor. Das medizinische Personal arbeitet am Limit, schlecht bezahlt und oft am Rand der Erschöpfung. Während große Klinikketten Gewinne einfahren, bricht die wohnortnahe Versorgung zusammen.

Diese Zustände sind kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Politik, die Gesundheit dem Markt überlassen hat. Wettbewerb und Privatisierung haben die Versorgung nicht verbessert, sondern ausgedünnt. Was wir brauchen, ist ein grundlegender Kurswechsel: ein solidarisches, öffentliches und bedarfsgerechtes Gesundheitssystem – flächendeckend, erreichbar und verlässlich für alle.

Dafür steht Die Linke Sachsen-Anhalt: für eine Gesundheitsversorgung, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt – nicht die Profite. Für eine gute, wohnortnahe Versorgung in allen Teilen des Landes.

- Kommunale Gesundheitszentren in allen Regionen, mit Haus- und Fachärzt:innen unter einem Dach – für kurze Wege und gute Erreichbarkeit.
- Enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitszentren und Krankenhäusern, um die Versorgungsketten im Land zu sichern.
- Das Krankenhaus vor Ort muss bleiben. Notfallversorgung, Grundversorgung und Geburtshilfe dürfen nicht dem Rotstift geopfert werden.
- Mehr Studienplätze für Medizin mit Bindung an Sachsen-Anhalt, wer hier studiert, soll auch hier arbeiten können und wollen.
- Bessere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung und Mitbestimmung für Beschäftigte in Krankenhäusern, Pflege und Rettungsdiensten.
- Mobile medizinische Teams, Telemedizin und digitale Terminvergabe als Ergänzung zur wohnortnahen Versorgung.
- Förderung praxisnaher Forschung zu medizinischer Versorgung und Digitalisierung.

<u>Begründung:</u>
Der Abschnitt wurde sprachlich präzisiert, politisch zugespitzt und inhaltlich konkretisiert. Ziel ist es, zentrale Anliegen klarer herauszuarbeiten, Wiederholungen zu vermeiden und die Sprache kraftvoller und verständlicher zu gestalten. Die neuen Formulierungen verdeutlichen die sozialen Konfliktlinien, benennen Verantwortlichkeiten und zeigen konkrete politische Alternativen auf. Dadurch gewinnt der Leitantrag an Klarheit, Profil und Überzeugungskraft.

Änderungsantrag Nr. 6.5.
zum Leitantrag

Streichung in Zeile 158
Die seit Jahren ~~die~~ viel zu hohe Anzahl von Schüler:innen, die die Schulen…

Begründung:
Artikel „die“ ist zu viel im Text – redaktionelle Änderung

Änderungsantrag Nr. 6.6.
zum Leitantrag

Ersetzen der Zeilen 162-166

Die negativen Folgen des selektiven gegliederten Schulsystems werden verschärft, weil der von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Übergang zu inklusiven Schulen von der Bildungsminister:innen der CDU praktisch aufgegeben wurde. Stattdessen nimmt die Überweisung von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in separate Förderschulen wieder zu.

Begründung:
Der überarbeitete Absatz verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem gegliederten Schulsystem und dem mangelnden Fortschritt bei der schulischen Inklusion. Die Formulierung wurde sprachlich präzisiert und politisch zugespitzt. Sie macht deutlich, dass die Landesregierung ihrer Verpflichtung aus der UN-Behindertenrechtskonvention nicht nachkommt und damit bestehende Ungleichheiten vertieft. Durch die stärkere Betonung der Rückentwicklung zu Förderschulen wird der bildungspolitische Stillstand klar benannt und die Notwendigkeit einer inklusiven Schulentwicklung hervorgehoben.

Änderungsantrag Nr. 6.7.
zum Leitantrag

Ersetzen des Satzes in Zeilen 169/170

Aktuell schließen Kitas aufgrund sinkender Kinderzahlen, und Erzieher:innen werden entlassen.

Begründung:
Es „droht“ nicht die Schließung von Kitas und die Entlassung von Erzieher:innen, sondern dies ist bereits ein Fakt.

Änderungsantrag Nr. 6.8.
zum Leitantrag

Ersetze in Zeile 176

- beitragsfreie Bildung – von der Kita bis zur Ausbildung und Uni

Begründung:
Korrektur – es ist ein Kitabeitrag, keine Gebühr

Änderungsantrag Nr. 6.9.
zum Leitantrag

Ersetze Zeile 179

- Inklusion und Integration entschlossen voranbringen – für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Begründung:
Präzisere Formulierung mit einer deutlichen stärkeren Forderung.

Änderungsantrag Nr. 6.10.
zum Leitantrag

Ersetze Zeilen 399-414

Verantwortung übernehmen. Chancen schaffen– mit Haltung, Herz und Verstand.

Sachsen-Anhalt steht vor entscheidenden Herausforderungen – soziale Spaltung, demografischer Wandel, Unterversorgung in Bildung, Pflege und Gesundheit. Die Linke stellt sich diesen Problemen direkt. Wir handeln, statt abzuwarten, wir investieren in Menschen und Chancen, nicht in Stillstand.

Wir setzen auf Engagement vor Ort, auf Teams, die die Lebensrealität der Menschen kennen, ihre Sorgen ernst nehmen und klare Lösungen anbieten. Wir verbinden fachliche Kompetenz mit Bürgernähe, Erfahrung mit Innovation – und machen Politik greifbar, verlässlich und wirksam.

Unser Ziel ist klar: ein Sachsen-Anhalt, in dem niemand zurückgelassen wird, in dem Solidarität, Gerechtigkeit und Zusammenhalt nicht nur Worte, sondern gelebte Praxis sind. Dafür treten wir an – konsequent, kämpferisch, verbindend.

Begründung:
Der Abschnitt wurde konkretisiert, um den politischen Kern deutlicher herauszuarbeiten und den sozialen Alltag vieler Menschen in Sachsen-Anhalt klarer zu benennen. Er ist sprachlich präziser, kämpferischer und zugespitzter formuliert. Der neue Text stellt soziale Ungleichheit, politischen Stillstand und die Notwendigkeit eines Kurswechsels in den Mittelpunkt und schafft so einen überzeugenden Auftakt für den Leitantrag. Zugleich verzichtet die Fassung bewusst auf Personalisierung: Linke Politik ist immer ein gemeinsames Projekt – getragen von vielen, nicht von Einzelnen. Der Leitantrag soll diese kollektive Verantwortung und Haltung sichtbar machen.